9. Sitzung des Kreistages am 10. September 2012
- Fragen zur Fragestunde -

1. Frage des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel:

Vorbemerkung:
Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 19. September 2011 den Kreisausschuss einstimmig beauftragt, bis „spätestens“ zum 31. Dezember 2012 ein Ergebnis für ein „Handlungskonzept Erneuerbare Energie“ „mit klaren Umsetzungsvorschlägen zu erarbeiten“, das dem Ziel dienen soll, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 33 Prozent und bis zum Jahr 2030 100 Prozent des gesamten Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen.

Wann können wir mit den ersten Ergebnissen dieses Plans rechnen?

Zusatzfrage:
Da der Kreistag in seiner Sitzung im November vorigen Jahres auch die umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diese Diskussion beschlossen hat, frage ich, wann und wie diese geplant ist?

Frage des Kreistagsabgeordneten Peter Kleiner:

Vorbemerkung:
Am 26. März 2012 hat der Kreistag beschlossen: *„ Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in der warmen Jahreszeit die Bioabfalltonnen nicht wöchentlich geleert werden können.“*

Ist diese Prüfung erfolgt und welches Ergebnis liegt vor?

Zusatzfrage:
Wann wird die wöchentliche Abfuhr eingeführt?

Frage der Kreistagsabgeordneten Ursula Häuser:

Vorbemerkung:
Der Vertrag für die Gastschulbeiträge wurde aus meiner Sicht ohne Not gekündigt, ohne dass ein neuer Vertrag, zumindest im Entwurf vorliegt. In Vorbereitung des Haushaltes 2013 ist zumindest die Höhe des voraussichtlichen Gastschulbeitrages ein Baustein des Haushaltes 2013.

Sind die Verhandlungen zwischen Stadt und Landkreis Gießen zu den Gastschulbeiträgen abgeschlossen und - wenn ja - wird die Oberstufengarantie für Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis in der bisherigen Form erhalten bleiben?

Zusatzfrage:
Wann ist mit einer entsprechenden Kreistagsvorlage zu den Gastschulbeiträgen zu rechnen?

1. Frage des Kreistagsabgeordneten Dennis Stephan:

Vorbemerkung:
In 2007 wurde der Landkreis Gießen unter umfangreicher Beteiligung des Parlamentes und gegen den Widerstand der Opposition von der Wissens- und Wirtschaftsregion zur Gesundheits- und Wirtschaftsregion umbenannt.
Damit waren für den Kreishaushalt erhebliche Kosten verbunden.
Die Wirkung solcher Maßnahmen und ihre hohen Kosten hatten wir damals in Frage gestellt.
Nun wurde der Landkreis erneut umbenannt, erneut wurden Werbematerialien und Logos erstellt.

Auf welchem Wege wurde diese Umbenennung entschieden und warum war das ohne Beteiligung des Parlamentes möglich, welche Gesamtkosten sind entstanden und welche Kosten sind für die einzelnen Maßnahmen von der Beratung über die Entwicklung bis zu den Kosten für die einzelnen Werbemittel, insbesondere die neuen und biologischen Kugelschreiber entstanden?

Frage der Kreistagsabgeordneten Christiane Plonka:

Vorbemerkung:
Im vergangenen Herbst wurde durch den zuständigen Dezernenten Herrn Oßwald zugesagt, ein rechtssicherer Mietspiegel für den Bereich Kosten der Unterkunft werde umgehend vorgelegt.
Entscheidungen auf der Basis eines zulässigen Mietspiegels seien „spätestens ab März 2012“ möglich. Dieser wurde jedoch zum genannten Termin nicht vorgelegt, stattdessen wurde im Sozialausschuss erneut ein weiterer Termin, der 18. Juli 2012, zur Fertigstellung der Datenerfassung genannt. Bis heute liegt der Mietspiegel jedoch noch immer nicht vor.

Warum hat sich die Vorlage eines Mietspiegels so erheblich verzögert und welche Folgen hat das für die Betroffenen?

Zusatzfrage: Wann wird der Mietspiegel nun endgültig vorgelegt?

2. Frage des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel:

Vorbemerkung:
Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 19. September 2011 beschlossen, den Verkauf einer Teilfläche des Geländes der Gesamtschule Busecker Tal zu genehmigen. Die Entscheidung war mit der Aufhebung des Beschlusses aus dem Jahr 2008 verbunden, die Fläche an die Gemeinde Buseck zu verkaufen, nachdem es der Gemeinde Buseck trotz einer Änderung des Bebauungs- und Flächennutzungsplans im Interesse des Kaufinteressenten nicht gelungen war, den Verkauf des Grundstückes abzuwickeln.
Durch diese veränderte Ausweisung der Fläche als „Sondergebiet für ökologischen Landbau" würde dem Kreis im Verkaufsfall ein Verlust in Höhe von 73.500 € gegenüber dem in der Bilanz angesetzten Wert entstehen, während sie dem Kaufinteressenten dagegen finanzielle Vorteile bietet.

Ist inzwischen der Verkauf des Grundstücks erfolgt und - wenn ja - zu welchen Bedingungen?

Zusatzfrage:
Wenn nein: Ist weiterhin beabsichtigt eine Preisgleitklausel zu vereinbaren, *„um im Falle einer anderweitigen Nutzung einen entsprechenden Wertausgleich für den Landkreis zu gewährleisten"?*
(Kreisbeigeordnete Frau Dr. Schmahl im HFR-Ausschuss vom 15.September 2011).

2. Frage des Kreistagsabgeordneten Dennis Stephan:

Vorbemerkung:
In der Sitzung des Ausschusses für Soziales etc. wurde ein Bericht des Kreisausschusses zu den Fehlern und Versäumnissen im Umgang mit der glücklicherweise bislang nicht schwerwiegenden Q-Fieber-Ausbruch durch Vertreter der Regierungskoalition im entscheidenden, rechtlich belastbaren Punkt durch den Antrag auf Ende der Debatte unterbrochen, gegen den Protest der Antragsstellenden Gruppe wurde der Bericht im Protokoll als „erledigt" gekennzeichnet.

Wer trug zu welcher Zeit die Verantwortung für die einzelnen Maßnahmen und Entscheidungen während der Q-Fieber-Epidemie, insbesondere für die fehlende bzw. nur über die Tageszeitungen erfolgte Information der Bevölkerung, die aus den beantworteten Fragen hervor gehenen fehlenden Vorbereitungen auf ein solches Ereignis und für die einzelnen (bitte schriftlich dokumentieren) Abweichungen von den bestehenden Vorgaben des hessischen Pandemieplanes bzw. den entsprechenden Plänen des überregionalen Katastrophenschutzes?